

Positionspapier Sonderpädagogischer Schwerpunkt Lernen

Der Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) vertritt die Überzeugung, dass alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen das Recht auf eine lebenslange inklusive Bildung haben.

Aufgabe von Schule ist es, die Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler an den Lernprozessen sicherzustellen und gelingendes Lernen zu ermöglichen.

Dies gilt unabhängig vom Lernort für alle Schülerinnen und Schüler mit einem Bedarf an Unterstützung im Schwerpunkt Lernen.

Die Kernforderungen des vds umfassen:

1. Gerechte Bildungschancen

Es ist unabdingbar, allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihren Lernvoraussetzungen eine chancengerechte Bildung zu ermöglichen. Dies erfordert die Schaffung einer inklusiven Schulkultur, die Vielfalt als Bereicherung begreift und stets die individuellen Lernbedürfnisse als Ausgangspunkt von Unterricht berücksichtigt. Frühzeitige und gezielte Prävention und Intervention bei Lernschwierigkeiten sind unerlässlich, um langfristige Einschränkungen und Ungleichheiten in Bildungsprozessen zu vermeiden. Eine präventive, sozialindexorientierte Grundversorgung muss über ausreichende Ressourcen sichergestellt werden, um allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.

Die Vielfalt sonderpädagogischer Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sichert das grundlegende Recht auf hochwertige Bildung ab.

2. Stärkung der sonderpädagogischen Fachlichkeit

Es gilt, das Fachwissen über Lernprozesse und Lernhemmnisse dauerhaft weiterzuentwickeln und für alle Lernorte nutzbar zu machen. Der sonderpädagogische Schwerpunkt Lernen muss sowohl in der Forschung als auch in der Lehreraus- und -fortbildung fest verankert sein. Dies umfasst die Möglichkeit des grundlegenden Studiums der Sonderpädagogik ebenso wie sonderpädagogische Basisqualifikationen für alle Lehramtsstudiengänge sowie Studiengänge der Sozialen Arbeit.

3. Qualitätssicherung und Weiterentwicklung von Diagnostik und Förderangeboten

Für eine effektive Unterstützung der Schülerinnen und Schüler sind die

Qualitätssicherung und kontinuierliche Weiterentwicklung von Diagnostik und Unterstützungsangeboten sicherzustellen. Dabei soll eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten des Bildungssystems zur Absicherung der individuellen Unterstützung und Begleitung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewährleistet werden. Zwischen verschiedenen Orten sonderpädagogischer Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote bedarf es dazu der notwendigen strukturellen Vernetzung und der fachlichen Kooperation.

4. Gestaltung individueller Bildungswege und Leistungsbewertungen

Transparente Leistungskriterien und eine wertschätzende Feedback-Kultur sind wesentliche Elemente für gelingendes Lernen. Dies erfordert eine durchgängige Kompetenzorientierung als Basis für hoch individualisierte Bildungswege. Lernergebnisse werden im Rahmen individueller Kompetenzprofile beschrieben. Es bedarf differenzierter Unterstützungsangebote, die auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schülern bezogen sind und ihre Teilhabe am schulischen und gesellschaftlichen Leben gewährleisten.

5. Übergang und berufliche Teilhabe

Ein schulisches Verbundsystem, das sicherstellt, dass alle Jugendlichen unabhängig von ihren Lernvoraussetzungen einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung und Arbeitswelt finden können, muss ausgestaltet werden. Dies erfordert gezielte Beratung und Unterstützung, die frühzeitig ansetzen, praxisorientiert ausgerichtet sind und eng mit Unternehmen sowie beruflichen Einrichtungen und der Eingliederungshilfe zusammenarbeiten. Die Dokumentation individueller Kompetenzprofile in Anerkennung und Zertifizierung von Leistung ist eine notwendige Voraussetzung, um Anschlüsse zu ermöglichen. Nur so kann eine nachhaltige berufliche Teilhabe für Alle gewährleistet werden.

Alle Lehr- und Fachkräfte, die im sonderpädagogischen Schwerpunkt Lernen arbeiten, gestalten die Lernbedingungen für den Personenkreis der Schülerinnen und Schüler so, dass ihnen die optimale Entfaltung ihrer Potentiale und die aktive Teilhabe an einer inklusiven und demokratischen Gesellschaft ermöglicht wird.